

## Studie: NRW droht Pflegenotstand

### Caritas fordert Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung, Bürokratieabbau und Imageverbesserung

**Nordrhein-Westfalen steuert auf einen dramatischen Mangel an Pflegekräften zu. Nach einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) werden im Jahr 2030 rund 87200 Fachkräfte im Gesundheitswesen und in der Altenpflege fehlen. Essens Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes mahnte dringende Reformen bei der Ausbildung und den Abbau von Bürokratie an.**

In der Altenpflege hat der Fachkräftemangel nach Einschätzung der Verfasser der Studie gerade erst begonnen. Laut PwC fehlen derzeit im bevölkerungsreichsten Bundesland 2600 Pflegerinnen und Pfleger. Doch diese Lücke wird sich der Prognose zufolge schon 2012 fast verdoppeln, bis 2020 auf knapp 20000 und bis 2030 auf 38600 vervielfachen. „Das ist der höchste bisher gemessene Wert in einem Bundesland“, sagte Michael Burkhardt, Autor der Studie.

PwC hat nicht nur den drohenden Mangel hoch-, sondern auch Lösungswege durchgerechnet. Dabei zeigte sich, dass weder ein höheres Rentenalter der Pflegekräfte noch eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit entscheidende Verbesserungen bringt. Das Hauptproblem sei, dass Pflegekräfte im Schnitt nach acht Jahren aus dem Beruf aussteigen, oft aus Überlastung. „Wenn man sie nur ein Jahr länger in ihrem Beruf

halten könnte, wäre das Problem in NRW zu lösen“, sagt Burkhardt. In diesem Szenario würde die Lücke in der Pflege bis 2030 auf 9000 schrumpfen. Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) sagte der WAZ, eine längere Verweildauer im Beruf sei wichtig, aber nur ein Punkt. „Wir brauchen eine Gesamtstrategie: bessere Arbeitsbedingungen, mehr Anerkennung für die Leistung im Beruf und mehr Ausbildung.“ NRW wolle die Personalnot mit einer Ausbildungumlage bekämpfen. „Wer nicht ausbildet, zahlt“, sagt Steffens. Zudem spricht sie sich für eine Zusammenlegung der Kranken- und Altenpflege zu einem Beruf aus. Dann könnten Pfleger zwischen Kliniken, Heimen und ambulanten Diensten wechseln.

Essens Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes forderte ebenfalls die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung, „und zwar in einem gestuften System auf dem Niveau des Europäischen Qualifikationsrahmens.“ „Seit mehr als zwanzig Jahren werfelt die Politik an einer generalistischen Pflegeausbildung herum und findet nicht die Kraft, sie umzusetzen“, kritisierte er. Meiwes, der auch amtierender Vorsitzender der LAG Freie Wohlfahrtspflege ist, mahnte zudem einen Abbau der „überbordenden Dokumentationspflichten in der Pflege und einen Rückschnitt der Bürokratie“ an. Außerdem sei es „an der Zeit, endlich aufzuhören, bei jeder Gelegenheit den Pflegeberuf öffentlich in Misskredit zu bringen“. Es demotiviere viele Menschen, wenn sie das Gefühl bekämen, in einer Skandalbranche zu arbeiten. ◀

### Mehr Teilzeitausbildungsplätze in der Krankenpflege gefordert

**Mehr Ausbildungsplätze in Teilzeit für Krankenpflegerinnen fordert die Caritas in NRW. Dazu müsste die Krankenhausplanung des Landes geändert werden.**

„Neue, innovative Ausbildungskonzepte wie das Angebot der Teilzeitausbildung können die Attraktivität von Pflegeberufen erhöhen und es ermöglichen, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren“, sagte Heinz-Josef Kessmann, Sprecher der NRW-Diözesan-Caritasdirektoren. Erste Erfahrungen in Modellprojekten zeigten eine überwältigende Bewerberresonanz. Noch scheitere eine dauerhafte Etablierung solcher innovativer Ausbildungskonzepte, weil die Schulplanung im Rahmen der Krankenhausplanung nicht flexibel genug sei und die Zahl der Ausbildungsplätze festgeschrieben sei, kritisierte Kessmann.

Mit Teilzeitausbildung kann es nach Auffassung der Caritas in NRW gelingen, neue Zielgruppen für das Beschäftigungsfeld Pflege zu gewinnen: Mütter und Väter, Alleinerziehende, Wiedereinsteiger sowie Menschen mit Berufserfahrung, die aus familiären Gründen bisher keine qualifizierte Ausbildung in der Pflege absolvieren konnten. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels in der Pflege bedürfe es mehrerer Bausteine einer langfristigen Strategie, um Interessenten für die Pflegeausbildung zu gewinnen. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“  
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



# Armutsbekämpfung war reine „Symbolpolitik“

Das Europäische Jahr gegen Armut 2010 blieb weitgehend folgenlos

**Die Caritas und der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln haben der Bundesregierung „Symbolpolitik im Kampf gegen Armut“ vorgeworfen. Sie habe im Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010 die „große Chance vertan, der voranschreitenden sozialen Spaltung in der deutschen Gesellschaft entgegenzuwirken“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel.**

Vielmehr habe sie laut einer wissenschaftlichen Studie an der Uni Gießen lediglich das Ziel verfolgt, punktuell Projekte als „Leuchttürme“ zur Erfüllung der Anforderungen der EU zu finanzieren. 2010 hatten in allen EU-Mitgliedsländern Veranstaltungen

und Aktivitäten stattgefunden, darunter Kampagnen zur Bewusstseinsförderung, Workshops und Informationsseminare in Schulen.

„Symbolpolitik ist nicht das, was wir uns von der Bundesregierung im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wünschen“, kritisierte Hensel. Die Umfrage unter Projektverantwortlichen habe ergeben, dass die befristete Förderung von Projekten wenig Wirkung entfalte. Notwendig sei eine längerfristige Unterstützung sozialer Arbeit. Nur so könne das Ziel einer strukturellen Armutsbekämpfung verfolgt werden.

Die EU-Mitgliedsstaaten hatten gemeinsam mit dem Europäischen Parlament das

vergangene Jahr zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ erklärt. Damit sollte die Beseitigung der Armut entscheidend vorangebracht werden. In Deutschland gab es rund 40 Projekte, die vom Bund befristet finanziert wurden.

Auch die Nationale Armutskonferenz zog eine sehr durchwachsene Bilanz des Armutsjahres. Positiv sei, dass sich durch die große Zahl an Aktionen bundesweit „sehr viele Vereine und Verbände des Themas Armut angenommen und es intern diskutiert haben“, sagte die stellvertretende Sprecherin der Armutskonferenz, Michaela Hofmann. Dagegen habe man es nicht geschafft, dass sich Politiker, Wirtschaftsvertreter und andere Entscheidungsträger prominent in die Debatte über Armutsprävention einbrächten: „Auf dieser Ebene hat das EU-Jahr wenig bewirkt“, sagte Hofmann. ◀

## Behinderte vor sexueller Gewalt schützen

NRW-Behindertenbeauftragter Killewald informierte sich bei der Caritas Paderborn

**Norbert Killewald, Beauftragter der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung in NRW, hat sich in der Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes über aktuelle Projekte im Bereich der Behindertenhilfe im Erzbistum Paderborn informiert. Auf Interesse stieß insbesondere der Vorstoß des Verbandes, Menschen mit Behinderungen besser vor sexueller Gewalt zu schützen.**

Vor drei Jahren war hierfür das Projekt „Netzwerk gegen sexuelle Gewalt an Menschen mit Lern-/geistiger Behinderung“ ins Leben gerufen worden. Ein Schwerpunkt bestand neben der Schulung von Fachkräften der Behindertenhilfe in der präventiven Arbeit mit behinderten Menschen.

Aufgrund des weiter bestehenden Handlungsbedarfs führt der Diözesan-Caritasver-

band das Folgeprojekt „Auf- und Ausbau von Beratungs- und Präventionsangeboten im Bereich sexuelle Gewalt an Menschen mit Lern-/geistiger Behinderung“ durch. Norbert Killewald zeigte sich vom gewaltpräventiven Engagement der Caritas beeindruckt und lobte besonders die Netzwerk-Arbeit als „ein Projekt mit bundesweitem Radius und Bekanntheitsgrad“.



Norbert Killewald (2. v. r.), Beauftragter der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, hat sich in der Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes über aktuelle gewaltpräventive Projekte im Bereich der Behindertenhilfe im Erzbistum Paderborn informiert. Gesprächspartner waren Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig (2. v. l.), Michael Brohl, Leiter der Abteilung Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe, sowie Projektreferentin Astrid Schäfers. (Foto: cpd/Sauer)

Auch Killewald sieht die Notwendigkeit zur Ausweitung der präventiven Arbeit und zur Einrichtung von speziellen Gewaltberatungsstellen. Insbesondere Förderschulen müssten besser in Präventionsmaßnahmen eingebunden werden. Hier sieht Killewald ein unterstützenswertes Arbeitsfeld. Als Fazit des Gespräches vereinbarte man einen weiterführenden gegenseitigen Austausch und die Unterstützung im Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Menschen mit Lern- und geistiger Behinderung. ◀

### Impressum

#### Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,  
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,  
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,  
Web: www.caritas-nrw.de

#### Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,  
Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

**Chefredakteur:** Markus Lahrman

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:** Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,  
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail:  
karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

## Familienpflege verbessern

**Münster** – Ohne Rechtsanspruch, aber mit viel Bürokratie und wenig Flexibilität könnte die gute Idee der Familienpflegezeit ins Leere laufen. Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann kritisiert den Gesetzentwurf als zu starr und in der Lastenverteilung unausgewogen. Die nach wie vor hohe Bereitschaft vieler Menschen, ihre Angehörigen selbst zu pflegen, müsse auch angesichts des Fachkräftemangels unterstützt werden. Dafür biete die Familienpflegezeit die Chance, wenn sie entsprechend gestaltet werde.

Geplant ist, dass Arbeitnehmer bis zu 24 Monate ihre Arbeitszeit reduzieren können, um Angehörige zu pflegen. Die Absenkung des Lohns soll teilweise vom Arbeitgeber übernommen und später wieder ausgeglichen werden. Als problematisch sieht es die Caritas, dass im Gesetzentwurf kein Rechtsanspruch eingebaut ist und damit der gute Wille des Arbeitgebers entscheidend bleibt. Der werde allerdings durch den hohen bürokratischen Aufwand „nicht gerade befördert werden“, erklärte Kessmann. Kritisch zu sehen sei auch die ungleiche Lastenverteilung bei den Darlehen. ◀

## Pfändungsschutz nur bei Konto

**Paderborn** – Der Diözesan-Caritasverband Paderborn rät vor dem Hinter-

grund der neuen Regelungen zum Pfändungsschutz zur Anlage eines eigenen Girokontos. Da ab 1. Januar 2012 im Wesentlichen nur Menschen mit einem Girokonto Pfändungsschutz genießen, sollten Personen ohne eigenes Konto schon jetzt dringend mit einer Bank Kontakt aufnehmen. Es sei wichtig, zumindest ein Konto auf Guthabenbasis einzurichten. ◀

## Caritas für Organspende

**Aachen** – Die Caritas wünscht, dass sich mehr Menschen für eine Organspende entscheiden, es gibt aber Vorbehalte gegen die geplante Änderung des Transplantationsgesetzes. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) möchte damit durchsetzen, dass die Krankenversicherungen alle Mitglieder, die älter sind als 16 Jahre, bei der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte über die Organspende informieren. Anschließend sollen sie eine Erklärung über die Spendenbereitschaft verlangen. Die Versicherten könnten dann mit Ja, Nein oder „Ich weiß nicht“ antworten.

„Das ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss“, sagte der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders zum Bahr-Vorschlag. Haken und Ösen zeigten sich im Datenschutz und in der Frage, ob Führerschein oder Versichertenkarte geeignet für die Dokumentation einer

so bedeutsamen Entscheidung seien, betonte Schröders, der auch Vorstandsmitglied der Krankenhausgesellschaft NRW ist. „Gut ist, dass die Diskussion um das Thema Organspende neu entfacht und die Auseinandersetzung damit befördert wird“, sagte Schröders. ◀

## Sozialticket kann kommen

**Aachen** – Die NRW-Landesregierung hat den Weg zum Sozialticket für alle Kommunen frei gemacht, auch für Städte mit einem Nothaushalt. Alle kreisfreien Städte, Kreise und Verkehrsverbände in NRW können eine Förderung für die Einführung eines Sozialtickets beantragen – auch die, die sich im Haushaltssicherungskonzept befinden oder mit einem Nothaushalt wirtschaften. Die Entscheidung gehe in die richtige Richtung, sagte Roman Schlag, Armutsexperte beim Caritasverband für das Bistum Aachen. „Empfänger von Grundsicherungsleistungen haben damit erstmals die Möglichkeit, Mobilität zum Preis von 29,90 Euro pro Monat zu erlangen“, sagte Schlag. Zwar mache dieser Betrag immer noch rund acht Prozent des Regelsatzes aus und sei damit für die Betroffenen sehr viel Geld. Dennoch sei zu begrüßen, dass Menschen in armen Kommunen nicht weiter aufgrund der Haushaltslage ihres Wohnortes benachteiligt würden. ◀

## Langzeitarbeitslose: Abserviert statt aktiviert!

**Der Diözesan-Caritasverband Köln hat das von der CDU/FDP-Koalition beschlossene Gesetz „zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ heftig kritisiert. „Zynischer hätte man ein Gesetz nicht betiteln können“, urteilte Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel.**

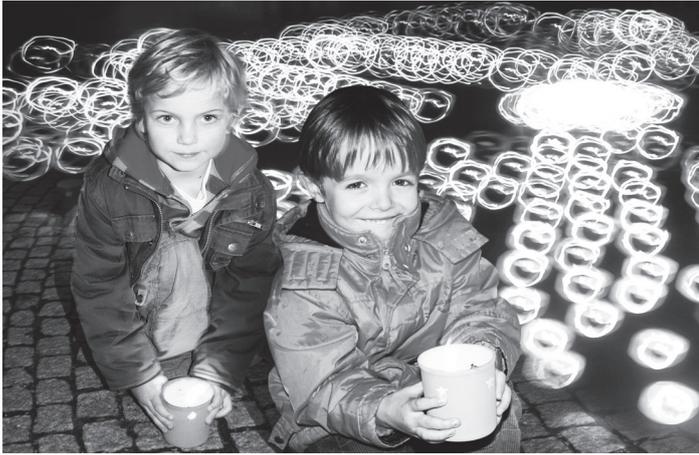
Verbessern werde sich für die betroffenen Menschen gar nichts. „Tatsächlich führt das Gesetz dazu, langzeitarbeitslose Menschen noch weiter ins gesellschaftliche Abseits zu drängen“, sagte Hensel. Gerade weil viele Langzeitarbeitslose zusätzlich unter Ein-

schränkungen wie gesundheitlichen oder psychischen Schwierigkeiten litten, bräuchten sie gezielte Unterstützung, um wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. „Diese Menschen wollen arbeiten, ihnen nur einen Vermittlungsgutschein in die Hand zu drücken oder sie mit einer kurzzeitigen Bildungsmaßnahme abzuspeisen ist unsozial“, unterstrich Hensel.

Da die Mittel im sogenannten Eingliederungstitel des Bundes zur Integration Langzeitarbeitsloser im Vergleich zum Vorjahr von 6,2 Milliarden auf 4,66 Milliarden Euro zurückgefahren wurden, können viele

Angebote der Caritas nicht aufrechterhalten werden: Von den bisher rund 2000 Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose in gemeinnützigen Einrichtungen im Erzbistum Köln bleiben nur rund 500 übrig. Gemeinnützige Arbeiten in Altenheimen, Krankenhäusern, Radstationen an Bahnhöfen oder auch in Projekten für Jugendliche stehen endgültig vor dem Aus. Die Caritas fordert den Erhalt der Beschäftigungs- und Qualifizierungsplätze. „Wir dürfen nicht weiter Arbeitslosigkeit finanzieren, wir müssen das Geld in sinnvolle Arbeitsangebote stecken“, betonte Hensel.

Rund zwei der drei Millionen arbeitslosen Menschen in Deutschland sind länger als ein Jahr ohne Job – trotz guter Konjunktur. ◀



## Lichter der Solidarität

**Am 12. November veranstaltet die Caritas wieder den Aktionstag „Eine Million Sterne“**

**Gemeinsam mit Caritasverbänden, Diensten und Einrichtungen möchte Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, die Lichteraktion „Eine Million Sterne“ wieder in möglichst vielen Städten und Gemeinden veranstalten.**

Die Aktion greift das Kampagnenthema 2011 des Deutschen Caritasverbandes „Kein Mensch ist perfekt“ auf. Es widmet sich dem Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung.

Caritas international ruft in diesem Jahr zur Hilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Bolivien auf, einem der ärmsten Länder Südamerikas. Kinder und Jugendliche mit Behinderung wachsen dort in extremer Armut auf und finden nur schwer ihren Platz in Familie und Gesellschaft. Die Caritas setzt sich für ihre Rechte ein: für Schutz und Geborgenheit, Gesundheit und Bildung, Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. „Eine Million Sterne“ ist eine Aktion des internationalen Caritas-Netzwerkes, die in mehreren europäischen Ländern (darunter Frankreich, Belgien, Luxemburg, Rumänien und Kosovo) jedes Jahr in der Vorweihnachtszeit durchgeführt wird. Das gemeinsame Ziel ist, mit Tausenden Kerzen auf exponierten Plätzen Zeichen zu setzen für eine solidarische Gesellschaft und eine gerechte Welt. ◀

### **Muslimische Caritas-Mitarbeiterin traf den Papst**

Asiye Balıkcı ist Muslima und arbeitet in der Integrationsagentur der Caritas in Gelsenkirchen. Beim Besuch des Papstes hatte sie die Gelegenheit, das Kirchenoberhaupt persönlich zu treffen. „Der Papst besucht Deutschland und nimmt sich Zeit und Raum für uns Muslime, aber auch für Juden und orthodoxe Christen – damit hat er ein großes Zeichen für den Dialog mit den unterschiedlichen Religionen in Deutschland gesetzt“, sagte die Juristin und angehende Familientherapeutin. Diese Dialogbereitschaft habe die Welt nötiger denn je, so Balıkcı. Als Muslima für einen christlichen Verband zu arbeiten bereite ihr keine Schwierigkeiten. Im Gegenteil. Verbindendes sieht sie in der Werteorientierung: „Solidarität und Nächstenliebe sind für mich ausschlaggebend – zwei Punkte, die auch in der Caritasarbeit verankert sind.“ ◀